

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Gottfried Curio, Dr. Bernd Baumann, Jochen Haug, Martin Hess, Beatrix von Storch, Dr. Christian Wirth, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Petr Bystron, Markus Frohnmaier, Mariana Iris Harder-Kühnel, Dr. Heiko Heßenkemper, Jörn König, Jens Maier, Christoph Neumann, Uwe Schulz und der Fraktion der AfD**

### **Für einen nachhaltigen Politikwechsel – Die Werte der deutschen Demokratie bewahren, den Staat handlungsfähig erhalten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Werte, die einen Staat tragen, bzw. die Rechts- und Lebensgrundsätze, die in ihm Geltung haben, werden mehrheitlich von seiner Bevölkerung mitgetragen, weil diese Leitlinien über lange Zeiträume in seiner Gesellschaft sich herausgebildet haben. An der Bundesrepublik Deutschland und den freiheitlichen, aufgeklärten Demokratien, die sie umgeben und geschichtlich wie kulturell auf das Engste mit ihr verwoben sind, lässt sich dieses Geschehen der Herausbildung von Normen und ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz gut ablesen.

Außerhalb des Kulturraums der modernen aufgeklärten Welt herrschen andere Leitvorstellungen. Sie sind den dortigen Bevölkerungen durch jahrhundertlanges Leben in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Wirklichkeit, vermittelt durch viele rahmengebende Institutionen und Erfahrungen wie Recht, Religion, Geschichte und dem Verhältnis von Staatsaufbau und gesellschaftlichen Akteuren, ebenso tief angepasst und angewöhnt wie andererseits den modernen aufgeklärten Gesellschaften ihre Leitvorstellungen.

So stehen diese Voraussetzungen – sowie ihre gelebte Verinnerlichung in der Bevölkerung – in zwei beispielhaft betrachteten gesellschaftlichen Räumen, nämlich der modernen aufgeklärten Staaten einerseits und der muslimischen und afrikanischen Staaten andererseits, in scharfer Ausprägung und diametraler Entgegensetzung einander gegenüber. Bei künstlich angestoßenen Bevölkerungswanderungen von der einen in die andere Kulturregion wird es vorhersehbarerweise konflikträchtige Reibungen geben.

Einzelne Zuwanderer – oder generell geringe Anzahlen von ihnen – können sich, ihren Willen dazu vorausgesetzt, in die gelebte andere Wertewelt integrieren. Wo der Wille dazu fehlt und wo eine stärkere Zuwanderung erfolgt in dem Bestreben, bereits bestehende Parallelgesellschaften vor Ort lediglich vergrößern zu wollen und die eigene bisherige Lebensweise an anderem Ort fortsetzen zu wollen, wird eine Integration in

die Kultur, Rechtswelt und Lebensart der Zielgesellschaft nicht erfolgen; deren Eigenart wird vielmehr durch eine solche Zuwanderung untergraben, mittelfristig – bei geplanter immer weiterer Fortsetzung solcher Zuwanderung – sogar zerstört.

Eine solche fortgesetzte und forcierte Immigrationspolitik nach Deutschland ist aber seit geraumer Zeit zu beobachten. Mit aller Macht wird der Zustrom von Menschen aus dem Nahen und mittleren Orient sowie aus Afrika gefördert, die ganz überwiegend aus islamischen und undemokratischen Staaten bzw. letztlich konkret aus Clan-Gesellschaften kommen. Ein etwa begründbarer Anspruch auf einen Titel der Schutzbedürftigkeit besteht – wenn überhaupt – nach dem ersten Grenzübertritt aus dem vorgebliehen Fluchtstaat nicht mehr. Es handelt sich – im Gegensatz zu interessierten Falschmeldungen der Medien und der Regierung – nicht um „verzweifelte Flüchtlinge“, sondern um relativ wohlhabende Personen, die Schlepper bezahlen, um im Sozialparadies Deutschland ein besseres Leben zu haben.

Eine derartige Migrationspolitik ist – neben ihrem generellen Unrechtscharakter und ihren desaströsen finanziellen Implikationen – geeignet, sich nachhaltig negativ auf die Verankerung der Werte der deutschen Demokratie in der Bevölkerung bzw. auf die Handlungsfähigkeit des Staates auszuwirken.

Den Geburtenrückgang in europäischen Staaten nahmen die UN zum Anlass, ein Programm der Ersetzungsmigration (Replacement Migration) zu verfolgen. Ziel ist es, die schwindende europäische Bevölkerung durch Migranten aus anderen Staaten – tatsächlich vornehmlich aus Afrika und dem Nahen und mittleren Orient – zu ersetzen. Dieser Vorgang nimmt seit Angela Merkels Erklärung, das Dublin-III-Regelwerk sei obsolet, neue Fahrt auf – um dem Migranten den Weg zu ebnen, wird er zum Flüchtling ernannt. Statt eine etwaige Schutzbedürftigkeit an der EU-Außengrenze, im Erstzutrittsstaat, zu prüfen, sorgte sie dafür, dass seit 2015 weit über eine Million Ausländer ungehindert illegal nach Deutschland eindringen konnten (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/76095/umfrage/asylantraege-insgesamt-in-deutschland-seit-1995/>).

Zur Begründung täuschte sie das deutsche Volk mit der Behauptung, Grenzen ließen sich im 21. Jahrhundert nicht sichern ([www.focus.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-im-news-ticker-1000-fluecht-linge-durchbrechen-abspernung-in-spielfeld\\_id\\_5036343.html](http://www.focus.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-im-news-ticker-1000-fluecht-linge-durchbrechen-abspernung-in-spielfeld_id_5036343.html)) – nur wenige Monate später schloss aber das kleine Mazedonien seine Grenze für die sogenannte Balkanroute der Migranten und reduzierte so den Hauptstrom der illegalen Migration ([www.spiegel.de/politik/ausland/mazedonien-schliesst-grenze-zu-griechenland-fuer-fluechtlinge-a-1074297.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/mazedonien-schliesst-grenze-zu-griechenland-fuer-fluechtlinge-a-1074297.html)). Eine weitere Täuschung war die Behauptung einer Ausnahmesituation; dies wurde Lügen gestraft durch die planvolle Einrichtung eines Dauerzustands. Zur weiteren Anheizung der illegalen Migration und zum Bruch der Dublin III Regelungen veröffentlichte das BAMF Ende August 2015 noch die Ankündigung, diese Regeln für Personen, die sich als ‚Syrier‘ bezeichnen – irgendwelche Personaldokumente wurden nicht mehr verlangt –, auszusetzen; schließlich schoss Bundeskanzlerin Merkel noch Werbe-Selfies mit den Grenzverletzern.

Seitdem sind die Folgen dieser Politik in Deutschland zu beobachten: explodierende Zahlen von Straftaten durch Migranten: Mord, Sexualstraftaten, Gewaltdelikte – eine weit überproportionale Kriminalität der importierten Gruppen ([www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung\\_node.html](http://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung_node.html)). Dann Kosten von ca. 50 Milliarden Euro pro Jahr für Bund, Länder und Kommunen (unter Einbeziehung aller Folgekosten). Weiter ein dramatisches Scheitern der illegal Zugewanderten in den Sprachkursen ([www.morgenpost.de/politik/article226680951/Sprachkurse-Warum-viele-Fluechtlinge-daran-scheitern.html](http://www.morgenpost.de/politik/article226680951/Sprachkurse-Warum-viele-Fluechtlinge-daran-scheitern.html)); generell eine aussichtslose Aufgabe einer kulturellen Integration von Personen, die aus archaischen und Clan-Gesellschaften kommen, in die Rechts- und Wertewelt moderner westlicher Demokratien. Das Bild wird abgerundet dadurch, dass in der betreffenden Zuwanderergruppe eine kulturell erlernte Gewalaffinität und besondere Frauenunterdrückungsmentalität, beides oft

vermittelt durch die Lehren des Islams, eine nicht geringe Verbreitung hat. Statt Bildungserfolgen ist aus den Schulklassen zu hören von Aktionen der Verunmöglichung von Unterricht sowie von Mobbing der einheimischen Schüler, christlicher wie vor allem auch jüdischer ([www.dw.com/de/religi%C3%B6ses-mobbing-an-deutschen-schulen-nimmt-zu/a-43267452](http://www.dw.com/de/religi%C3%B6ses-mobbing-an-deutschen-schulen-nimmt-zu/a-43267452)). Da schließlich insgesamt keine breite Qualifikation für den deutschen Arbeitsmarkt vorhanden ist bzw. erreicht wird, werden vornehmlich lebenslange Sozialhilfeempfänger importiert.

Aus all dem erhellt, dass der Wechsel zu einer nachhaltigen Migrationspolitik vonnöten ist – einer Politik, die in der Lage ist, die Werte der deutschen Demokratie zu bewahren und den deutschen Staat handlungsfähig zu erhalten.

Ein solcher Politikwechsel macht die im Folgenden dargestellten Maßnahmen erforderlich.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Mittel, die im Bundeshaushalt für Migrationsbelange einerseits und Familienbelange andererseits veranschlagt sind, wieder in ein angemessenes Verhältnis zu bringen;
2. Maßnahmen zu ergreifen, die dem demographisch bedingten Fachkräftemangel entgegenwirken:
  - a) Abwanderung von Hochqualifizierten sind durch Senkung der Steuerlast zu verhindern;
  - b) Anreize für abgewanderte Hochqualifizierte deutscher Staatsbürgerschaft sind zu setzen;
  - c) Berufe, in denen Fachkräftemangel herrscht oder absehbar zu entstehen droht, sind attraktiver zu gestalten;
  - d) Familien sind steuerlich zu entlasten, um Kinderreichtum in der arbeitenden Bevölkerung zu ermöglichen;
3. sich für die Sicherung unserer verfassten und gelebten Rechts- und Wertekultur einzusetzen und dafür
  - a) pflichtgemäß die Verbreitung in Wort und Schrift gesetzwidriger Inhalte, insbesondere Gewaltaufrufe, etwa gegen sog. „Ungläubige“ oder Frauen, zu unterbinden
  - b) sowie alle Symbole, die die Unterdrückung der Frau propagieren – wie etwa Vollverschleierung oder Kopftücher – im öffentlichen Raum, vornehmlich aber in Anstalten des Bildungssystems, der öffentlichen Verwaltung und Rechtspflege sowie der Polizei, zu verbieten;
4. im Hinblick auf die Zukunft: sich statt ihrer bisherigen Praxis wieder an geltendes Recht zu halten, insbesondere an die Anwendung der Dublin-III-Reglungen, sowie sämtliche Pull-Faktoren, die Ausländer bewegen, illegal nach Deutschland zu kommen, zu beseitigen;
5. im Hinblick auf in der Vergangenheit, insbesondere seit 2015, entstandene Unrechtsverhältnisse: sämtliche Personen,
  - a) die nicht in einer unmittelbaren Verfolgungssituation, etwa aus der Republik Österreich kommend, die deutsche Grenze illegal überschritten haben, vor die deutsche Grenze zurückzuführen;
  - b) die nicht in einer unmittelbaren Verfolgungssituation, etwa aus Spanien, Italien oder Griechenland kommend, die deutsche Grenze illegal überschritten haben, in diese Länder zurückzuführen;
  - c) die nicht in einer unmittelbaren Verfolgungssituation stehend – die etwa aus Libyen oder der Türkei kommen, aber keine Staatsbürger dieser Staaten sind

- die Grenze zur EU illegal überschritten haben, in die betreffenden Länder – etwa Libyen bzw. die Türkei – zurückzuführen;
- d) die illegal in die EU eindringen wollen, nachdem sie – etwa aus Nigeria, Eritrea oder Somalia bzw. aus Syrien, Irak, Iran, Afghanistan oder Pakistan kommend – sich unter einem vorgeblichen „Flucht-Grund“ in ein Nachbarland der EU begeben haben, keine Aufnahme oder Unterhalte oder sonstige Vergünstigungen zu gewähren;
- e) die hierzulande als sogenannte subsidiär geschützte Flüchtlinge aus den genannten Ländern in der Vergangenheit Aufnahme erlangt haben, sofort und so schnell wie möglich zurückzuführen, da in keinem der genannten Länder eine landesweite Verfolgungssituation herrscht;

6. Anträge von Asylbewerbern, die bei der Erstentscheidungsinstanz keine Beweismittel oder Identitäts- und Herkunftsbelege beigebracht haben, abschlägig zu bescheiden und durch entsprechende gesetzliche Regelungen das Verfahren – ohne nachfolgende Verfahren – endgültig zu beenden; entsprechende laufende Verfahren sind einzustellen;
7. Ausländer, die hierzulande eine Straftat begehen und zu einer Haftstrafe verurteilt werden, auszuweisen.

Berlin, den 14. September 2020

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## Begründung

### 1. Kosten:

Die Kosten der Migration belaufen sich nach Berechnungen von Prof. Dr. Hans-Werner Sinn unterstützt von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen seit 2015 auf fast eine Billion Euro ([www.welt.de/wirtschaft/article149234485/Fluechtlingskrise-koennte-fast-eine-Billion-Euro-kosten.html](http://www.welt.de/wirtschaft/article149234485/Fluechtlingskrise-koennte-fast-eine-Billion-Euro-kosten.html)). Das ist rund ein Drittel der deutschen Wirtschaftsleistung. Zu der Verzweigung der Kosten in viele verschiedene Haushaltstitel bzw. Aufgaben vgl. auch Bundestagsdrucksache 19/16488. Mit einem Etat von jährlich ca. 50 Milliarden Euro für migrationsbezogene Kosten – aufgebracht aus Steuermitteln und demnächst hohen Kreditaufnahmen, die eine nachhaltige Verschuldung Deutschlands erzeugen – müssen die Etats der Ministerien für Inneres, Familie, Bildung, Finanzen und Umwelt zusammen auskommen; dies verdeutlicht die Schwere der finanziellen Beeinträchtigung des gesamten deutschen Haushalts.

### 2. Maßnahmen, die dem demographisch bedingten Fachkräftemangel entgegenwirken:

#### a) Abwanderung von Hochqualifizierten verhindern:

Seit 2001 sind knapp zwei Millionen Deutsche ausgewandert; 2019 waren es rund 180.000. Von diesen waren 76 Prozent junge Akademiker ([www.zeit.de/gesellschaft/2019-12/bevoelkerungsforschung-auswanderer-akademiker-deutsche-studie](http://www.zeit.de/gesellschaft/2019-12/bevoelkerungsforschung-auswanderer-akademiker-deutsche-studie)). Deutschland ist aufgrund seiner hohen Sozialabgaben- und Steuerlast nicht attraktiv für Hochqualifizierte, die im Ausland ein besseres Gehalt verdienen können. Nachhaltig wäre es, diese Menschen, die hierzulande zuvor für viel Geld ausgebildet wurden, im Lande zu halten.

Dieser „Brain drain“ aus Deutschland verstärkt den Fachkräftemangel: Hochqualifizierte Deutsche wandern aus, während vorrangig gering- oder gar nicht qualifizierte – als „Flüchtlinge“ gelabelte – Migranten einwandern ([www.bild.de/politik/inland/fluechtlings/59-prozent-haben-keinen-schulabschluss-52943448.bild.html](http://www.bild.de/politik/inland/fluechtlings/59-prozent-haben-keinen-schulabschluss-52943448.bild.html)).

Die Steuerabgabe ist auch deswegen so hoch, weil Migranten die Sozialsysteme in hohem Maße in Anspruch nehmen: Fast jeder zweite Hartz IV-Empfänger hat einen Migrationshintergrund ([www.focus.de/finanzen/news/studie-der-bundesagentur-fuer-arbeit-deutlicher-anstieg-fast-jeder-zweite-arbeitslose-hat-migrationshintergrund\\_id\\_10526737.html](http://www.focus.de/finanzen/news/studie-der-bundesagentur-fuer-arbeit-deutlicher-anstieg-fast-jeder-zweite-arbeitslose-hat-migrationshintergrund_id_10526737.html)). Einwanderung von ausländischen Geringqualifizierten verstärkt die Abwanderung von Hochqualifizierten, die strukturelle Krise in Wirtschaft und Sozialpolitik wird verschärft, die Schere zwischen Leistungsträger und Leistungsempfängern sowie zwischen Hoch- und Geringqualifizierten vergrößert sich. Deutschland muss wieder für Deutsche attraktiver werden: Offene Grenzen sind auch hier kontraproduktiv.

#### b) Anreize für die Rückkehr abgewanderter Hochqualifizierter dt. Staatsbürgerschaft:

Es sind Anreize zu schaffen, dass ausgewanderte Hochqualifizierte wieder nach Deutschland gelockt werden. Die Anwerbung von Fachkräften aus Entwicklungs- und Schwellenländern muss beendet werden. Die jeweiligen Länder benötigen diese Leute für ihre eigene Entwicklung. Eine Fachkräfteeinwanderung nach Deutschland aus solchen Ländern ist unsozial und konterkariert zudem auch die investierte Entwicklungshilfe vor Ort, die jährlich um die 20 Milliarden Euro beträgt ([de.statista.com/statistik/daten/studie/71765/umfrage/deutsche-ausgaben-fuer-entwicklungshilfe/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/71765/umfrage/deutsche-ausgaben-fuer-entwicklungshilfe/)).

In Deutschland liegt (Stand 2018) die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben bei rund 49,5 Prozent, der OECD-Durchschnitt liegt bei 36,1 Prozent ([www.deutsche-handwerks-zeitung.de/die-10-laender-mit-der-hoechsten-steuerlast-fuer-arbeitnehmer/150/3091/386922](http://www.deutsche-handwerks-zeitung.de/die-10-laender-mit-der-hoechsten-steuerlast-fuer-arbeitnehmer/150/3091/386922)). Ein großer Anteil der Steuern und Abgaben werden nicht für die zerfallende Infrastruktur (marode Straßen, Schulen, Unis), sondern für den Sozialsektor verwendet.

#### c) Berufe mit Fachkräftemangel attraktiver gestalten:

Berufe, wo ein Fachkräftemangel herrscht, müssen attraktiver werden. Fachhochschulen und Handwerksberufe müssen gestärkt werden. Die Schieflage im Bildungswesen, die zu einer Akademikerschwemme führt, muss beendet werden: Das seit Jahrzehnten sinkende Niveau an Gymnasien muss wieder angezogen werden.

Statt einem Fachkräftemangel in der Pflege durch Anwerbung ausländischer fremdkultureller Pfleger aus Mexiko und dem Kosovo entgegenzuwirken, wäre es effizienter und naheliegender, durch bessere Bezahlung stärker Familienangehörige (also v.a. die Kinder) für die Pflege der Eltern zu gewinnen.

#### d) Familien entlasten:

Kinder sind die Fachkräfte von morgen. Es gilt, finanzielle Anreize zu setzen, um eine Willkommenskultur für Kinder zu schaffen. In Deutschland liegt die Geburtenzahl unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus von 2,1 Kindern pro Frau. Zudem nimmt die Kinderzahl mit zunehmendem Bildungsniveau ab: je besser der berufliche Hintergrund desto weniger und später bekommen Frauen Kinder. Diese demographische Fehlentwicklung gefährdet alle sozialen Sicherungssysteme. Die Studie „Kinderreiche Familien in Deutschland: Auslaufmodell oder Lebensentwurf für die Zukunft?“ ([www.bib.bund.de/DE/Aktuelles/2019/2019-06-26-BiB-Studie-Kinderreiche-Familien-in-Deutschland.html](http://www.bib.bund.de/DE/Aktuelles/2019/2019-06-26-BiB-Studie-Kinderreiche-Familien-in-Deutschland.html)) stellt fest, dass die Familienpolitik nicht Kinderreichtum fördert. Es gelte, die „Hindernisse der dritten Geburt“ zu beseitigen, d.h. Anreize zu setzen, damit Eltern mehr als zwei Kinder bekommen. Die Studie erachtet eine bessere Infrastruktur, mehr bezahlbare große Wohnungen und die Gewährleistung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie als notwendig.

Die Geburtenrate zu erhöhen, sollte ein vorrangiges Anliegen der Politik sein: Eine schrumpfende Bevölkerung kann die Sozialsysteme nicht mehr tragen. Wenn immer mehr Alte auf immer weniger Junge kommen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die sozialen Sicherungssysteme wie Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen zusammenbrechen.

Migration verstärkt diese Engpässe, weil es zumeist keine Fachkräfte kommen, die für Entlastung sorgen können, sondern die Migranten selbst Kinder bekommen, die ihrerseits die sozialen Unterstützungssysteme in Anspruch nehmen.

Es gibt also zwei Entwicklungen: Einerseits führt eine schrumpfende Bevölkerung zu einem Ungleichgewicht der Lastenverteilung zwischen Alt und Jung, andererseits kommen durch die Migration von Geringqualifizierten immer weniger Erwerbstätige auf immer mehr Arbeitslose. Wer arbeitet, muss also die Rente der Alten finanzieren (Generationenvertrag) sowie auch für die Sozialleistungen einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen aufkommen.

Nur eine aktivierende Familienpolitik ist imstande, den demographischen Wandel aufzuhalten.

Frauen muss durch finanzielle Unterstützung – wirksam bis hin zu den Rentenansprüchen – die freie Wahl belassen sein, ob sie arbeiten gehen oder zu Hause bleiben und sich um ihre Kinder kümmern wollen. Dies ist im Sinne des Kinderwohls: Laut einer Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung waren rund 74 Prozent aller Kita-Kinder 2019 nur mangelhaft untergebracht und wurden von zu wenig Personal in zu großen Gruppen betreut. ([www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fruehkindliche-bildung-bertelsmann-studie-die-meisten-kitas-sind-nicht-kindgerecht/26122292.html?ticket=ST-6533631-hSaw5VZTTfd9HTe4UkWr-ap3](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fruehkindliche-bildung-bertelsmann-studie-die-meisten-kitas-sind-nicht-kindgerecht/26122292.html?ticket=ST-6533631-hSaw5VZTTfd9HTe4UkWr-ap3))

#### 3. Unterbindung der Verbreitung gesetzwidriger Inhalte, insbesondere von Gewaltaufrufen:

Laut einer Studie des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center aus dem Jahre 2017 kann die Anzahl der Muslime in Deutschland bis 2050 auf 20 Prozent steigen (einerseits wegen hoher Einwanderungsquote aus muslimischen Ländern, andererseits wegen hoher Kinderzahl bei muslimischen Familien). ([www.pewforum.org/2017/11/29/europes-growing-muslim-population/](http://www.pewforum.org/2017/11/29/europes-growing-muslim-population/)).

Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern eine Ideologie mit eigenem Rechtssystem, welches eine archaische Gesellschaftsordnung fördert und demokratie- sowie grundgesetzfeindlich ist. Ein signifikanter Anstieg des muslimischen Bevölkerungsanteils stellt damit eine Gefährdung der Demokratie und im Weiteren – wegen der Gewaltaufrufe des Korans – eine Gefährdung der inneren Sicherheit dar.

Eine Emnid-Studie aus dem Jahr 2016 zeigt die weite Verbreitung islamisch-fundamentalistischer Einstellungen unter Einwanderern aus der Türkei, welche auch mit der Zahl der Generationen und der Verwurzelung in Deutschland nicht abnimmt – wie zu erwarten stünde infolge von Integrationsprozessen [www.uni-muenster.de/Religion-und-Politik/aktuelles/2016/jun/PM\\_Integration\\_und\\_Religion\\_aus\\_Sicht\\_Tuerkeistaemmi-ger.html](http://www.uni-muenster.de/Religion-und-Politik/aktuelles/2016/jun/PM_Integration_und_Religion_aus_Sicht_Tuerkeistaemmi-ger.html). So erachten 72 Prozent der älteren Generation kulturelle Anpassung an die deutsche Mehrheitsgesellschaft für notwendig, jedoch nur 52 Prozent der jüngeren. Zustimmung von 32 Prozent fand die Aussage „Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben“ und Zustimmung von 47 Prozent die Aussage „Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe“.

Eine andere europaweite Studie ergab, dass 75 Prozent der Muslime in Europa glauben, dass der Koran nicht zweideutig interpretiert werden kann – dass er wörtlich genommen werden muss.

Betrifft die Unvereinbarkeit des Korans mit dem Grundgesetz finden sich zahllose Hinweise. Eine Auswahl:

Im ersten Artikel des GG heißt es, die Würde des Menschen sei unantastbar. Im Koran steht indes: „Schlimmer als das Vieh, sind bei Allah jene, die ungläubig sind.“

In Artikel 2 heißt es: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Im Koran steht: „Ich werde denjenigen, die ungläubig sind, Schrecken einjagen. Haut (ihnen mit dem Schwert) auf den Nacken und schlägt zu auf jeden Finger von ihnen!“ „Wenn eine Frau und ein Mann Unzucht begehen, dann verabreicht jedem von ihnen 100 Hiebe!“ „Wenn ein Mann oder eine Frau einen Diebstahl begangen hat, dann haut ihnen die Hand ab.“

In Artikel 3 heißt es „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Im Koran heißt es: „Auf (ein Kind) männlichen Geschlechts kommt (bei der Erbteilung) gleichviel wie auf zwei weiblichen Geschlechts.“ Im Artikel 3 heißt es weiter „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Im Koran aber „Die Männer stehen über den Frauen ... Und wenn ihr fürchtet, dass Frauen sich auflehnen, dann vermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlägt sie.“

In Artikel 4 heißt es „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“ Im Koran heißt es: „Und es sprechen die Nazarener: „Der Messias ist Gottes Sohn. Solches ist das Wort ihres Mundes. Allah schlage sie tot! Wie sind sie betrogen.“ Im Artikel 4 heißt es weiter „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Im Koran steht: „Euch ist vorgeschrieben, zu kämpfen, obwohl es euch zuwider ist.“

In Artikel 5 heißt es „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.“ Im Koran steht: „Und wenn sie sich abkehren (von der Religion Allahs), dann ergreift sie und tötet sie, wo immer ihr sie findet.“

Im Artikel 6 steht: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“ Im Koran: „...heiratet, was euch an Frauen gut ansteht, (ein jeder) zwei, drei oder vier.“

Im Artikel 13 steht „Die Wohnung ist unverletzlich.“ Im Koran steht: „Es ist (aber) keine Sünde für euch, Häuser zu betreten, die nicht (eigentlich) bewohnt sind, und in denen etwas ist, das ihr benötigt.“

Der Koran ist für Gläubige eine Handlungsanleitung, die Gewaltanwendung als Mittel zum Zweck gebietet und Toleranz gegenüber „Ungläubigen“ oder gar Integration in eine nichtmuslimische Gesellschaft kategorisch ausschließt: „Nehmet euch daher keinen von ihnen zum Freund, ehe sie nicht auswandern auf Allahs Weg. Und wenn sie sich abkehren (vom Glauben), dann ergreift sie und tötet sie, wo immer ihr sie auffindet; und nehmet euch keinen von ihnen zum Freunde oder zum Helfer.“ „Oh ihr, die ihr glaubt schließt keine Freundschaft außer mit euch.“ Und „Die Gläubigen sollen sich nicht die Ungläubigen statt der Gläubigen zu Freunden nehmen. Wer das tut, hat keine Gemeinschaft (mehr) mit Allah.“

Diese Gewaltsuren, auf die sich Terroristen berufen, stehen dem Grundgesetz und der hiesigen Rechtsordnung diametral entgegen.

Eine Studie in Österreich zeigt, dass gerade straffällige Muslime sich „intensiv mit theologischen Themen“ auseinandergesetzt“ haben und aus gläubigen Elternhäusern stammen. „Die radikalen Gruppen und Individuen sehen sich als einzig wahre Muslime.“ [www.welt.de/politik/deutschland/article167326904/Islam-spielt-bei-Radikalisierung-groessere-Rolle-als-angenommen.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article167326904/Islam-spielt-bei-Radikalisierung-groessere-Rolle-als-angenommen.html).

Der Vorsitzende einer Hamburger Ditib Gemeinde macht keinen Hehl aus seiner Demokratiefindlichkeit: „Demokratie ist für uns nicht bindend. Uns bindet Allahs Buch, der Koran.“

([www.welt.de/regionales/hamburg/article162302747/Was-fuer-einen-Wert-haben-sie-schon-wenn-sie-keine-Muslime-sind.html](http://www.welt.de/regionales/hamburg/article162302747/Was-fuer-einen-Wert-haben-sie-schon-wenn-sie-keine-Muslime-sind.html))

Zu der ganzen Fragestellung vgl. auch Bundestagsdrucksache 19/4840.

#### 4. Beseitigung von Pull-Faktoren:

Jeder Eingewanderte sorgt, bevor er auch nur einen Handschlag getätigt hat, für Nachfrage nach Wohnraum, nimmt Infrastruktur in Anspruch etc. führt also kurzfristig zu einer Verstärkung statt Linderung des Mangels. Heranzuziehen ist der langfristige Nettobeitrag nach Abzug der in Anspruch genommenen Infrastruktur, Dienstleistungen, Konsumgüter etc. Das Einkommen müsste über dem deutschen Durchschnittseinkommen liegen, was die bisherige Blue-Card-Regelung sich zum Maßstab gemacht hat.

Weitere wichtige Maßnahmen sind: umfassende Grenzkontrollen einführen, sofortige Zurückweisung bzw. Abschiebung nach illegalem Grenzübertritt. Nur Sach- statt Geldleistungen, keine Familienzusammenführung außer in Richtung der Herkunftsregion, staatliche Finanzierung der Anti-Abschiebe-Industrie beenden.



Zu der Frage der Abwehr illegalen Grenzübertritts im Zusammenhang der Migrationsproblematik vgl. auch Bundestagsdrucksache 19/41.

Die illegalen Migranten wissen, dass ihre Rückführung hintertrieben wird – auch das wäre zu beenden. Die Bundesregierung unterstützt Flüchtlingsräte, mit hohen Geldbeträgen, die in die Millionen gehen. Flüchtlingsräte unterminieren die Gesetze und verhindern Abschiebungen, indem sie Demos gegen Abschiebungen organisieren, Abschiebetermine veröffentlichen und Asylanten juristisch unterstützen. Das an sich ist schon eine Geldverschwendung, dazu kommen dann die hohen Kosten für so vereitelte Abschiebungen. Hier gibt der Staat also für zwei gegenläufige Intentionen Geld aus.

Eine weitere Maßnahme wären Wirtschaftssanktionen bzw. Stoppen der Entwicklungshilfe für Staaten, die die Rücknahme ihrer Bürger verweigern. In Staaten wie Österreich, Dänemark und Schweden haben Verschärfungen in der Einwanderungspolitik dazu geführt, dass die Zahl der Asylanträge auf das Niveau der 2000er Jahre zurückging.

Nur wenn eine Gesellschaft ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt, kann sie nachhaltig sein. Jedoch müssen beim Investment in eine solidarische Gesellschaft Realitäten anerkannt werden: Die Harvard-Studie dreier renommierter Wirtschaftswissenschaftler hat statistisch erhoben, wie groß die Bereitschaft für Sozialabgaben an Menschen tatsächlich ist, die aus einem anderen Kulturkreis stammen [papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3336514](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3336514). Dazu haben sie die Daten aus 16 westeuropäischen Ländern ausgewertet und die Einstellung der Einheimischen zur Migration mit der tatsächlichen Zuwanderung verglichen. Sie konnten nachweisen, dass die Bereitschaft der einheimischen Bevölkerung zur Umverteilung („Solidarität“) umso stärker zurückgeht, je mehr der Anteil der Eingewanderten in einer Region zugenommen hat und aus je weiter entfernten Ländern diese kamen. War die Herkunft der mittlere Osten oder Nordafrika, so war die Bereitschaft mehr als dreimal kleiner als bei Einwanderern aus einem gleichen Kulturraum. Am deutlichsten sichtbar war dies in Frankreich und in den skandinavischen Ländern – dort, wo auch der Sozialstaat stark ausgebaut ist. Einwanderung um der „Weltoffenheit“ willen ist nicht nachhaltig.

Die auf Wachstum durch Einwanderung fokussierte Bevölkerungspolitik der Bundesregierung geht von falschen Prämissen des Zusammenhangs von Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlichem Erfolg aus und zieht daraus die falschen Konsequenzen. Es wird unterstellt, steigende Bevölkerungszahlen in Deutschland würden sich generell positiv auf die deutsche Wirtschaft auswirken. Dagegen spricht, dass maßgeblich zur Bemessung des für die Bürger spürbaren wirtschaftlichen Erfolgs nicht die Entwicklung des BIP, sondern des BIP pro Kopf ist. Das BIP pro Kopf sinkt bei einer steigenden Bevölkerungszahl bei gleichzeitig nicht in gleichem Maße wachsender Wirtschaftsleistung (wie es bei Einwanderung von unterdurchschnittlich qualifizierten und nur schwer integrierbaren Gruppen zu erwarten steht).

Der Verweis, steigende Bevölkerungszahlen wären nötig, um im weltweiten Wettbewerb, insbesondere mit China und den USA, mithalten und die steigende Nachfrage der Weltwirtschaft bedienen zu können, verkennt die sich in den letzten Jahren stark wandelnde demographische Dynamik mit weltweit fallenden Geburtenraten in Regionen von Industrienationen – wenn auch gerade nicht in Afrika: Sowohl die USA als auch China weisen stark sinkende Geburtenziffern aus, die mittlerweile deutlich unter Ersatzniveau liegen. So fiel die Geburtenziffer in den USA von einem Zwischenhoch 2008 von 2,1 Kindern pro Frau auf 1,7 im Jahre 2019. Schätzungen gehen von einem weiteren Geburteneinbruch von 10 Prozent durch die Corona-Krise aus. Die Entwicklung der demographischen Schrumpfung, die sich in den USA und China abzeichnet, ist in Japan, einem weiteren wichtigen Wettbewerber Deutschlands auf dem Weltmarkt, bereits weit vorangeschritten. Mittlerweile haben nicht nur die entwickelten Industrieländer, sondern auch viele Schwellenländer Geburtenziffern weit unter Bestandserhaltungsniveau. Bevölkerungswissenschaftler passen ihre Prognosen kontinuierlich nach unten an und sprechen von einer schrumpfenden Weltbevölkerung später in diesem Jahrhundert. Dies bedeutet auch für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft absehbar schrumpfende Absatzmärkte und damit schrumpfende Arbeitskräftenachfrage. So machen Länder, die durch eigene Geburten ihre Bevölkerung nicht erhalten können, über 90 Prozent des deutschen Außenhandels aus.

##### 5. Rückführungen:

Eine Rückkehr zum Recht ist vorrangig, Fehl titulierungen von Antragstellern sind ebenso zu beenden wie Fehldarstellungen der Lage in den Herkunftsländern. Eine etwaige Schutzbedürftigkeit besteht nach Verlassen des Fluchtlandes nicht mehr, weitere illegale Grenzübertritte sind nicht zu rechtfertigen. Personen an der deutschen Grenze kommen im Moment des Grenzübertritts aus Nichtverfolgungsstaaten. Die typischen illegalen Migranten in der EU sind im Moment ihres illegalen Grenzübertritts – etwa aus Libyen oder der Türkei – nicht mehr in der

Region ihrer vorgeblichen Verfolgung. Flächendeckende Bürgerkriege bestehen in den fraglichen Herkunftsregionen zudem ebenfalls nicht.

6. Keine Verfahren ohne Identitätsnachweise:

Anträge auf Schutz, die ohne auch nur den Beleg der eigenen Identität und Herkunft ausschließlich auf Erzählungen der Antragsteller beruhen, sind – als offensichtlich der Beweiskraft entbehrend – nicht zu behandeln.

7. Straftaten:

Nicht nur Krankenhäuser, Psychiatrien und der Wohnungsmarkt werden durch Migranten überlastet, sondern wegen der überdurchschnittlich hohen kriminellen Energie – wie sie immer wieder in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik bezeugt wird – auch Justiz, Polizei und Gefängnisse.

Mit der Einwanderungswelle im Jahr 2015 stiegen die Straftaten, verübt durch nichtdeutsche Tatverdächtige. Laut aktuellem Bericht des Bundeskriminalamtes wurden in den ersten drei Quartalen 2019 rund 200.000 Straftaten registriert, bei denen ein Tatverdächtiger Zuwanderer war (BKA, Kriminalität im Kontext der Zuwanderung, S. 3 [www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderungIIIQuartal2019.html?nn=62336](http://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderungIIIQuartal2019.html?nn=62336), Stand, 30.04.2020). Der Anstieg bezieht sich vor allem auf Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit und gegen das Leben.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2019 zeigt abermals eine Überrepräsentation von Tatverdächtigen ohne deutschen Pass. Bei einem Bevölkerungsanteil von ca. 12 Prozent betrug der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen ca. 35 Prozent – also fast das Dreifache: eine dramatische Überrepräsentation. Von den 699.261 nichtdeutschen Tatverdächtigen waren dabei über 38 Prozent ‚Zuwanderer‘. Bei der Gewaltkriminalität betrug der Ausländeranteil unter den Tatverdächtigen gut 37 Prozent, bei ‚Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen‘ sogar knapp 40 Prozent – davon war wiederum mehr als jeder Dritte ‚Zuwanderer‘. Bei dem Deliktfeld der Sexualstraftaten gab es eine Steigerung auf 8.189 Tatverdächtige, mehr als jeder Dritte (ca. 36 Prozent) war nichtdeutsch. Ebenso gab es eine Steigerung der Fallzahlen beim ‚Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt‘: die PKS listet hier 31 Prozent nichtdeutsche Tatverdächtige, bei ‚Gefährliche und schwere Körperverletzung‘ waren es sogar 37 Prozent.

Eine solche Entwicklung ist nicht im Interesse der deutschen Bevölkerung. Die vielen innerstädtischen Räume, in denen Frauen angeben sich nicht mehr sicher zu fühlen, sowie die berüchtigten No-Go Areas sind wieder in normale öffentliche Räume für die Bürger zu verwandeln.

Schutz soll nur derjenige für den Zeitraum erhalten, in welchem er schutzbedürftig ist und für welchen er seine Schutzbedürftigkeit nachweisen kann. Eine etwaige weiterlaufende Schutzgewährung für Kriminelle ist den Interessen der deutschen Bürger zuwider.



